



# HESSISCHER LANDTAG

12. 09. 2022

Plenum

## Antrag

### Fraktion DIE LINKE

#### Armut in Hessen bekämpfen – soziale Teilhabe für alle Menschen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

##### I. Der Landtag stellt fest:

1. Niemand kann es mehr leugnen: Es gibt immer mehr Armutsbetroffene in Hessen. Egal ob zu Zeiten von Hochkonjunktur und Niedrig-Erwerbslosigkeit oder Corona-Krise und Preisexplosion: In den vergangenen zehn Jahren rutschen immer mehr Menschen unter die EU-Armutsgrenze. Lag Hessen 2015 noch auf Platz 3 aller Bundesländer so ist es nun nach den Berechnungen des Paritätischen Gesamtverbandes auf Platz 11 zurückgefallen – wohlgemerkt schon vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, der nachfolgenden Inflation und Energiepreissprünge seit Beginn des Jahres. Es ist deshalb davon auszugehen, dass deutlich mehr als die für 2021 errechneten 18,3 % der Menschen in Hessen aktuell armutsbetroffen sind. Armut ist inzwischen ein Massenphänomen in unserer Gesellschaft.
2. Besonders schlimm und überdurchschnittlich häufig trifft Armut auch in Hessen Kinder und Jugendliche, Ältere, Menschen mit Migrationsgeschichte und Alleinerziehende. Für viele gibt es keine angemessene Absicherung mehr, mit der Agenda-Politik wurde der Sozialstaat zusammengestutzt.
3. Die Existenzkrise vieler Menschen erfordert entschiedene Gegenmaßnahmen in Bund und Land. Jedoch ist nichts Angemessenes erkennbar.
4. Auf Bundesebene hat die Ampel-Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Einführung einer Kindergrundsicherung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Die Einführung des Bürgergelds verspricht eine „Erhöhung“ des Hartz-IV-Satzes noch unterhalb der Inflationsmarke. Gewährte Einmalzahlungen sind angesichts der sozialpolitischen Lage ein Hohn für Sozialleistungsbeziehende und Menschen mit niedrigem Erwerbseinkommen. Damit zementiert die Bundespolitik die Armutsentwicklung in unserem Land.
5. Auch auf Landesebene gibt es von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Maßnahmen zur Armutsreduzierung. Präventionsketten – eine Forderung aus dem Zweiten Landesozialbericht 2017 – werden erst seit Beginn des Jahres und nur in wenigen Modellkommunen initiiert. Armut ist jedoch ein flächendeckendes Problem in Hessen. Viele andere Maßnahmen wurden und werden bis heute nicht umgesetzt. Es steht zu befürchten, dass auch die Schlussfolgerungen des Dritten Landesozialberichtes in Projektitis und Verzögerungspolitik untergehen werden.
6. Der Landesregierung mangelt es an Wissen, warum die Armutsquote in Hessen so rapide und überdurchschnittlich ansteigt. Sie bemüht sich aber auch nicht, dies in Erfahrung zu bringen und beispielsweise das hohe Ansteigen der Armutsquote in Mittelhessen zu ergründen.

##### II. Der Landtag fordert vor diesem Hintergrund die Landesregierung auf:

1. Unverzüglich ernst zu nehmen, dass Hessen ein Armutsproblem hat und eine sozialpolitische Kehrtwende einzuleiten, um der seit Jahren ansteigenden Armut in Hessen angemessen zu begegnen.
2. Eine Studie in Auftrag zu geben, um Ursachen für die überdurchschnittliche Armutszunahme in Hessen regionenspezifisch zu identifizieren und wissenschaftlich begründete Gegenmaßnahmen zu entwerfen. Die Untersuchung muss regelmäßig aktualisiert werden, um den Erfolg der Gegenmaßnahmen zu prüfen.

3. Das Thema Armutsreduzierung zu einem Schwerpunkt des Landes-Doppelhaushalts 2023/24 zu machen, auch in dem Bewusstsein, dass Armut zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten führt, die in späteren Jahren den Haushalt belasten werden. Alle Maßnahmen des Landes sind auf die Frage der sozialen Teilhabewirksamkeit hin zu überprüfen.
4. Unverzüglich einen Landesgipfel zur Sicherung der sozialen Teilhabe in Zeiten von Inflation und Krise einzuberufen, um zusammen mit Kommunen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und allen weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren gemeinsame Maßnahmen der Armutsreduzierung zu beraten.
5. Einen Landesaktionsplan zur Sicherung der sozialen Teilhabe für alle Menschen in Hessen mit Sofort-, kurz- und mittelfristigen Maßnahmen vorzulegen und diesen im Landeshaushalt 2023/24 entsprechend finanziell zu untersetzen.
6. Einen Härtefallfonds aufzulegen, um private Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ihre Miete, Strom- und Gasrechnung nicht mehr bezahlen können oder vor horrenden Nachzahlungen stehen, finanziell zu unterstützen.
7. Sich für ein sofortiges bundesweites Verbot von Energiesperren und Zwangsräumungen für Privathaushalte einzusetzen.
8. Sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass statt des unzureichenden Bürgergelds eine sanktionsfreie und existenzsichernde Mindestsicherung für alle Menschen zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt, die mindestens 200 € über dem jetzigen Niveau der Grundsicherung und der Sicherungsleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes liegt.
9. Sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die verschobene Einführung einer Kindergrundsicherung ebenfalls zum 1. Januar 2023 erfolgt.
10. Sich im Bundesrat für einen bundesweiten Energiepreis- und Mietendeckel und die Abschaffung der Gaspreismarge einzusetzen.
11. Die Fahrpreise in den hessischen Verkehrsverbänden zu senken und sich für eine Verlängerung des 9-Euro-Tickets einzusetzen bzw. hilfsweise ein solches auf Landesebene einzusetzen.
12. Sich im Bundesrat für eine sofortige Einführung einer Übergewinnsteuer einzusetzen, um mit den Einnahmen krisengeschüttelte Haushalte zu unterstützen. In der Existenz bedrohte Energieunternehmen sollen mit Mitteln der Übergewinnsteuer in staatliche Hand überführt und dadurch stabilisiert werden.
13. Sich im Bundesrat für eine umfassende Reform der Vermögensbesteuerung einzusetzen, um die seit Jahren stattfindende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben umzukehren.

**Begründung:**

Die armutsbedingte Einschränkung der sozialen Teilhabe führt auch in Hessen zum Ausschluss von immer mehr Menschen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Die aktuelle allgemeine Preisentwicklung und Energiekostensteigerung verschärfen dabei eine Situation weiter, die durch Ausdünnung des Sozialstaats, Mietenwahnsinn und Niedriglohn bereits seit vielen Jahren auf großen Teilen der Gesellschaft lastet. Der Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge hat staatliche Spielräume begrenzt. Eine Regulierung des Marktgeschehens ist erforderlich, wird von den Regierenden jedoch verweigert. Im Ergebnis erleben wir eine soziale Spaltung der Gesellschaft, wie sie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik feststellbar war.

Auf diese Situation muss mit entschiedenen Maßnahmen reagiert werden, um Schlimmeres zu verhindern. Das bedeutet nicht mehr Geld in Armutsverwaltung, wie auch Menschen unter #ichbinarmutsbetroffen verstärkt kritisieren, zu investieren, sondern die Ursachen von Armut anzugehen und die mittelbaren Folgen von Armut durch passende Unterstützungsangebote zu überwinden.

Wiesbaden, 12. September 2022

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Elisabeth Kula**